



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 02. Februar 2010  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Stefan Spallek**

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr**

**Ende: 19:35 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 44/09

(Drucksachenband 143)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0001 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0002 Genehmigung der Niederschriften vom 10.11. und 08.12.2009

Die Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses am 10.11. und 08.12.2009 werden genehmigt.

Einstimmig

### 0003 09-F-01-0010

Integration von Frauen mit Migrationshintergrund./ Teilhabe am Arbeitsmarkt  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.01.2009 -  
HIER: Bericht des Bildungswerks der Hess. Wirtschaft und des Amtes für Soziale Arbeit

Zu diesem Punkt zeigt Frau Nowaczek (Bildungswerk der Hess. Wirtschaft) eine Power-Point-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern per Mail zur Verfügung gestellt werden soll. Herr Gleissner (Amt für Soziale Arbeit) weist darauf hin, dass hier beispielhafte Projekte vorgestellt werden sollen.

Frau Nowaczek berichtet auf Fragen der Ausschussmitglieder, dass insg. 750 Personen an allen Projekten des Bildungswerks teilnehmen. Die Teilnehmer werden durch die Fallmanager angesprochen, die nach Zielgruppen suchen. Alle Teilnehmer bekommen eine Teilnahmebescheinigung. Jugendliche erhalten zudem ein Zertifikat, dass sie eine Prüfung abgelegt haben. Es handelt sich um sog. Qualifizierungsbausteine. Jede Fortbildungsmaßnahme führt auch zu einem Betriebspraktikum, das oft auch zu einer Beschäftigung führt. Es bestehen 800 Kontakte zu verschiedensten Betrieben.

Auf Nachfrage von Stv. Dumont teilt Frau Nowaczek mit, dass die Kontakte zu dem Großteil der ausgebildeten Frauen nach der Maßnahme nicht bestehen bleibt. Es finden aber Zweiergespräche mit den Fallmanagern statt.

Vors. Spallek möchte wissen, wie die Tendenz bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse (insbesondere Hochschulabschlüsse) ist.

Nach Auskunft von Herrn Gleissner gibt es lediglich für Aussiedler etwas großzügigere Anerkennungen. Ansonsten ist die Anerkennung nach wie vor schwierig, wobei es auch sehr auf den Studiengang ankommt. Ein Jurastudium in der Ukraine kann natürlich hier nicht als gleichwertig anerkannt werden, ein Medizinstudium hat da schon größere Chancen, anerkannt zu werden. So kann

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

z. B. nach einem Jahr Dienst in einem Krankenhaus die Anerkennung erfolgen. Eine solche Beschäftigung, ähnlich wie früher der Arzt im Praktikum, wird auch in Wiesbadener Krankenhäusern angeboten, wobei in diesem Jahr ein geringeres Gehalt gezahlt wird.

Die Louise-Schroeder-Schule bietet eine verkürzte Ausbildungszeit für Erzieherinnen aus anderen Ländern an.

Stv. Manjura fragt nach dem Anteil der Frauen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Diese Frauen würden 1,5 Monatsgehälter benötigen, um überleben zu können. Junge Frauen mit Migrationshintergrund suchen sich zu über 70 % noch immer die 10 häufigsten (Frauen-)berufe aus - noch häufiger als deutsche Mädchen.

Herr Gleissner bestätigt diese Aussage, weist aber darauf hin, dass man versucht, Alternativen aufzuzeigen. Man muss aber auch immer den familiären Hintergrund berücksichtigen. Als Konsequenz wird z. B. bei der WJW nicht mehr der Beruf der Schneiderin angeboten, weil dieser keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt hat.

Frau Nowaczek wirft ein, dass bei jüngeren Frauen während der Ausbildung oft eine Schwangerschaft eintritt. Man versuche dann, die jungen Frauen davon zu überzeugen, die Ausbildung auszusetzen und abzubrechen.

Herr Gleissner weist auf ein Projekt hin (Europäischer Sozialfonds), das ältere Frauen mit Migrationshintergrund anspricht und zu einer Erwerbstätigkeit hinführen soll. Hier sind oft mangelnde Sprachkenntnisse ein Problem.

Auf Nachfrage von Stv. Dr. Brenneis weist Herr Gleissner darauf hin, dass der Pflegebereich ein interessanter Bereich ist, da hier sichere Arbeitsplätze angeboten werden. Im unteren Bereich der Qualifizierung laufe seit Dezember 2008 eine Vereinbarung für die Betreuung von Demenzkranken. Nach 1 Jahr hat man den Abschluss Altenpflegehelferin erlangt, es wird aber auch eine Vollausbildung angeboten.

Stv. Schickel fragt nach, ob ein Projekt im Westend von Seiten der LHW getragen wird. Herr Gleissner stellt klar, dass dies ESF-Programm von den Freien Trägern und Bauhaus getragen wird.

Stv. Schickel bittet darum, den Antrag weiter aufrecht zu erhalten, da ursprünglich im Antrag um ein Konzept gebeten wurde.

Er bittet um weiteren Bericht in 6 Monaten.

Einstimmig

**0004            10-F-01-0014**

"Modellregion Integration"

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.01.2010 -

Stv. Schickel begründet den Antrag.

Vors. Spallek berichtet, dass die Koalition den Antrag mitträgt.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stadträtin Zeimetz ist froh über die Fragen. Sie berichtet, dass 1 Stelle für 4 Jahre vom Land finanziert werde. Frau Akram sei seit dem 15.01.2010 in dem Bereich tätig und verfüge über interkulturelle Kompetenz. Das Land habe 150.000 € für Projekte in diesem Bereich zugesagt. Man wolle die Integrationsarbeit auf jeden Fall ausweiten.

Frau Rudolph berichtet ergänzend, dass 2 Workshops aus dem Bereich aus dem Handlungsfeld Arbeit stattgefunden haben. In den Workshops hat man sich mit den Zielen befasst und versucht, diese mit den künftigen Operateuren abzustimmen. Es sollen nachhaltige Strukturen geschaffen werden. In Wiesbaden sei man schon sehr weit. Integration werde als Querschnittsaufgabe aufgefasst. Für konkrete Projekte sei es noch zu früh. Es wurde aber z. B. eine Steuerungsgruppe geschaffen. In der kommenden Woche soll das 1. Treffen dieser Gruppe stattfinden. Frau Akram (von Haus aus Bauingenieurin) habe die Aufgabe, die Koordination zu unterstützen.

Auf Nachfrage von Stv. Manjura teilt Frau Rudolph mit, dass 150.000 € vom Land ohne die Bezüge von Frau Akram gezahlt werden. Die Personalkosten werden für 4 Jahre zu 100 % vom Land übernommen.

Einstimmig

**0005 10-F-06-0005**

Virtuelles Rathaus - Politisches Informationssystem Wiesbaden (PIWi) - Suche auf [www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de)  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.01.2010 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag und teilt mit, dass die [wiesbaden.de](http://wiesbaden.de)-Seite nicht so benutzerfreundlich sei. Außerdem sei sie stadtteilbezogen nicht korrekt - hier sollten die offiziellen Bezeichnungen der Ortsbezirke verwendet werden. Und als 3. Punkt weist er noch einmal darauf hin, dass die Abstimmungsergebnisse nach dem relaunch angezeigt werden sollten.

Stv. Reitz bringt einen Änderungsantrag mit gleicher Zielsetzung ein und bittet darum, zur nächsten Sitzung Wiesbaden-Marketing einzuladen, damit die vorgetragenen Punkte behandelt werden können. Mit dem relaunch habe sich der Ältestenausschuss schon beschäftigt und sollte dies auch weiter tun.

Stv. Schickel hält den Vorschlag von Stv. Reitz für vernünftig und schlägt vor, den Antrag als eingebracht zu betrachten und in der nächsten Sitzung mit entsprechender Fachverwaltung zu diskutieren.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass sich der Revisionsausschuss auch mit diesem Thema beschäftigen möchte und es evtl. eine gem. Sitzung geben könnte.

Stv. Manjura berichtet, dass die PiWi-Seiten auch nach dem neuen Internet-Auftritt der LHW unverändert geblieben sind. Er habe zwar gedacht, dass sich das ändern würde, denkt aber, dass es auch eine finanzielle Frage sein dürfte.

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0006 10-F-01-0015**

Wiesbadener Fälle, über die 2009 von der Härtefallkommission des Landes Hessen entschieden wurde  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.01.2010 -

Stv. Manjura begründet den Antrag.

Stadträtin Zeimetz und Herr Tischel berichten zu dem Antrag, dass sich die Härtefallkommission mit insg. 121 Fälle beschäftigt habe, davon seien aber nur 3 Fälle aus Wiesbaden gewesen. Bei diesen 3 Fällen handelt es sich aber nicht um Familien - alle Familienfälle habe man lösen können.

Stv. Schickel fragt nach dem Procedere für die Anrufung der Härtefallkommission.

Die kommunale Härtefallkommission bereitet die Fälle nur vor. Das Land muss sich nicht an die Empfehlungen halten. Die Vorschläge der Härtefallkommission des Landes gehen weiter an das Innenministerium, wo die letzte Entscheidung fällt. Die kommunale Härtefallkommission tagt nach Bedarf. Für 2009 waren 2 Sitzungen angedacht. Bisher ist kein weiterer Bedarf gemeldet worden.

Der Antrag ist durch den Bericht erledigt.

Einstimmig

**0007 10-F-01-0016**

Probleme beim Übergang ausländischer Schüler von der Schule in den Beruf durch die Passpflicht ab dem 16. Lebensjahr  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.01.2010 -

Stv. Schickel begründet den Antrag. Er berichtet, dass sich die betroffenen Jugendlichen mit 15,5 Jahren um einen Pass kümmern müssen, dies aber evtl. gar nicht wissen. Wenn sie keinen Pass ab 16 haben, sind sowohl Schul- als auch Berufsausbildung nicht möglich, evtl. droht sogar die Ausweisung.

Stv. Karpidou stimmt dem Antrag der SPD zu und geht davon aus, dass die Passpflicht geregelt werden muss.

Herr Tischel berichtet, dass er das Problem mit dem Leiter der Ausländerbehörde, Herrn Fischer, eingehend besprochen hat. Das Problem gehört der Vergangenheit an. Die Fachabteilung habe ihm versichert, dass die meisten Staaten für Personen ab 10 Jahren Reisepässe ausstellen. Damit ist das Problem gelöst.

Das Problem hat aber existiert und besteht auch noch in Einzelfällen. Die Ausländerbehörde hat aber in diesen Einzelfällen eine Niederlassungserlaubnis mit Passersatzpapieren erteilt. Man habe auch Bescheinigungen für die Arbeitsvermittlung ausgestellt und dort Gespräche geführt. Er bittet darum, Einzelfälle, die in der Ausländerbehörde nicht bekannt sind, dort zu melden.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Schickel berichtet, dass seine Informationsquelle eine Rechtsanwältin ist, die mitgeteilt habe, dass es akute Fälle gäbe.

Er gibt auch zu bedenken, dass zwar die meisten Staaten Pässe für Personen ab 10 Jahren ausstellen, dass es aber sinnvoll wäre, die Staaten, die dies nicht tun, zu kennen, damit die Angelegenheit transparenter wird. Die Rechtsanwältin könnte in dieser Sache Kontakt mit der Ausländerbehörde aufnehmen und die Staaten nachfragen.

Auch der Ausländerbeirat könnte eine Info über die entsprechenden Staaten herausgeben.

Stv. Manjura berichtet, dass die Fälle (ca. 10) im vergangenen Sommer aufgetreten sind, wohl aber in der Zwischenzeit eine Lösung herbeigeführt wurde.

Herr Tischel bittet darum, die Angelegenheit nicht zu hoch aufzuhängen, da in Wiesbaden immer Einzelfalllösungen gesucht würden.

Der Antrag hat durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0008 09-F-06-0055**

Aufenthalt im öffentlichen Raum  
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 25.11.2009 -

Der Antrag wurde ursprünglich im Ausschuss für Soziales gestellt und von dort in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung überwiesen.

Stv. Bohrer begründet den Antrag.

Stv. Schickel berichtet aus dem Ortsbeirat, dass sich dieser in zig Sitzungen mit dem Problem beschäftigt habe. Es fehle eine Konzeption. Das Sozialdezernat sei auf jeden Fall mit betroffen und nicht allein das Ordnungsdezernat.

Die Eintracht in der Hellmundstraße habe massive Probleme und musste die Jugendarbeit einstellen. Die Eltern haben einfach Angst, ihre Kinder dort trainieren zu lassen.

Das Alkoholverbot sollte nach seiner Auffassung möglichst sogar erweitert werden, damit die Ordnungskräfte in der Hellmundstraße eingreifen können. Es kann nicht sein, dass man das Problem aussitzt; die Menschen existieren und sich auch ein Teil unserer Gesellschaft. Der Ortsbeirat warte im Übrigen noch auf eine Antwort.

Stadträtin Zeimetz nimmt zu dem Antrag Stellung und erklärt, dass man sehr genau beobachtet habe, wohin die Leute gegangen seien. Es habe einen Rückgang in der Anzahl gegeben und z. T. werden jetzt der Luisenplatz oder eben auch die Hellmund-/Hermannstraße aufgesucht.

Es gäbe keinen Ansatz, eine Örtlichkeit als Treffpunkt zu finden. Es wird auch keinen Vorschlag aus ihrem Dezernat geben. Man werde mit dem Ordnungsrecht das Problem nicht lösen, sondern müsse diesen Teil der Gesellschaft akzeptieren. Die Polizei kontrolliere auch die Hellmundstraße, was dort wieder als zu intensiv aufgefasst wird.

Vors. Spallek bedankt sich für den Bericht und beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären. Wenn ein Konzept entwickelt werden solle, sei das Sache des Sozialausschusses. Man

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

könnte sich dort mit Sozialdezernat treffen, denn der soziale Aspekt sei hier der vorherrschende, nicht der Ordnungsaspekt.

Auch nach seiner Auffassung könne man keine Plätze als Treffpunkt festlegen.

Stv. Bohrer geht davon aus, dass man das Problem auch im Sozialausschuss nicht lösen werde. Es werde immer Leute geben, die sich treffen wollen und nicht genug Geld haben, um dies in einem Lokal zu tun. Auch durch Hipos ist die Situation nicht zu lösen.

Stv. Manjura war in der Sitzung des Sozialausschusses anwesend, in der der Antrag besprochen wurde. Er bemängelt, dass in der damaligen Sitzung Stv. Becker Wohnsitzlose und Alkohol trinkende Menschen in einen Topf geworfen habe.

Stadträtin Zeimetz ergänzt, dass man heute sehr viel mehr über den Personenkreis und das Verhalten in der Gruppe weiß, als vor der Studie. Es gäbe nicht nur den klassischen armen Penner, der auf der Straße anzutreffen ist, sondern auch Personen, die durchaus eine Wohnung haben. Die Studie ist eine gute Grundlage. So wisse man z. B., dass es genug Schlafplätze gibt. Viele der Personen wären arbeitsfähig, wenn das Suchtproblem gelöst wäre.

Stv. Schickel berichtet, dass sich die Hochschule Rhein-Main auch mit dem Thema befasst habe. Im September habe es im Eintracht-Haus eine Bürgerversammlung zu dem Thema gegeben. Die Anwohner würden nicht aggressiv auf die Leute reagieren, sondern hätten vielmehr Verständnis für deren Situation.

Bei bestimmten Situationen sei aber die Grenze des Erträglichen überschritten, z. B. beim Urinieren in Torfahrten und Hauseingängen.

Man muss auch auf Menschen, die ängstlich auf Gruppen von Menschen reagieren ernst nehmen.

Nach Auffassung von Stv. Bohrer ist der Antrag durch die Aussprache erledigt.

Stv. Dr. Brenneis berichtet, dass sie Ansammlungen von Menschen auf dem Luisenplatz als nicht so bedrohlich empfindet. Sie interessiert sich für die Ergebnisse des Runden Tisches und möchte wissen, ob über ein Konzept nachgedacht wird und ob es möglich ist, einen Bericht darüber zu erhalten.

Stadträtin Zeimetz teilt mit, dass an dem Runden Tisch das Sozialdezernat, die Polizei, die Suchtberatung, das Diakonische Werk, die Leitung des Männerwohnheims und der Teestube, das Gesundheitsamt beteiligt sind. Treffen finden alle 6 bis 8 Wochen statt.

Vors. Spallek bedankt sich für den Bericht und kann sich vorstellen, dass das Thema in einer der nächsten Sitzungen noch einmal aufgegriffen wird.

Einstimmig

**0009            08-F-24-0007**

Mahnen und Erinnern - gemeinsam gegen jede Form des Extremismus  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 24.09.2008 -

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Schickel macht eine Anmerkung zum vorletzten Spiegelstrich - es handele sich um eine stumpfe Waffe.

Stv. Bohrer stellt fest, dass die NPD eine Zeitlang kritisch betrachtet wurde. In Wiesbaden sei sie unerwünscht.

Er habe früher schon moniert, dass links und rechts zusammengefasst werde. Mit dem Holocaust sei aber nichts vergleichbar.

Durch den Bericht hat der Antrag seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0010 09-F-01-0098**

Bürgerschaftliches Engagement / Ehrenamtskarte  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

Einstimmig

**0011 09-V-20-0079**

Breitbandausbau Wiesbaden Medenbach / Auftrag an Witcom zur Konzepterarbeitung

Nach Auffassung von Stv. Bohrer gibt es mehr als 3 Anbieter.

Vors. Spallek erklärt, dass die WitCom beauftragt wurde, Alternativen zu prüfen. Die Funkfrequenzen seien lediglich für die Stadt die billigste Lösung, nicht für die Benutzer. Die Förderung könne bereits ab 01.01.2010 beginnen, das würde aber noch genauer in der Vorlage erklärt.

Stv. Schickel berichtet von der Enttäuschung der Medenbacher. Die SPD dort erhebe den Vorwurf gegen Stadtrat Bendel, die Angelegenheit verschleppt zu haben.

Stv. Bohrer fragt nach den Kosten des Konzepts und erwartet, dass die Entscheidung auf einer nachvollziehbaren Grundlage gefällt wird.

Enth. SPD und Linke Liste

**0012 09-V-33-0004**

Starke Stadt für Studis und Azubis

Frau Paul (Einwohner- und Integrationsamt) berichtet, dass das Konzept erstellt wurde. Man habe mit der Hochschule und Wiesbaden-Marketing gesprochen - man stehe Gewähr bei Fuß. Man möchte Studierende dazu gewinnen, in Wiesbaden zu bleiben und auch Neueinsteiger ansprechen.



**Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Vors. Spallek fragt nach dem Hinweis der Kämmerei, dass die Deckung aus dem Budget von Dezernat VII erfolgen muss.

Stadträtin Zeimetz erklärt, dass sie Probleme mit der dezernatsinternen Deckung habe - wo solle das Geld herkommen?

Stv. Manjura weist auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung hin und bringt den Länderfinanzausgleich ins Spiel.

Nach Auffassung von Stv. Bohrer muss man einiges dafür leisten, um die Leistungen zu erhalten. Er bringt folgenden Ergänzungsantrag ein:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, durch welche Maßnahmen erreicht werden kann, dass in der Landeshauptstadt Wiesbaden Studierende und Auszubildende kostenfrei den ÖPNV benutzen können. Entsprechende Vorschläge und Berechnungen sollen bis Jahresmitte dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vorgelegt werden.“

Der Änderungsantrag wird gegen die Stimmen der CDU angenommen und zusammen mit der Vorlage abgestimmt.

Einstimmig

**0013            09-V-33-0005**

Integrationsbericht 2008

Stadträtin Zeimetz entschuldigt sich dafür, dass der Bericht nicht ganz so zeitnah vorgelegt werden konnte, aber ihr Bereich war in der nahen Vergangenheit sowohl mit dem Integrationskonzept als auch mit der Integrationskonferenz zusätzlich belastet.

Auf Nachfrage von Stv. Coigné, Stv. Schickel und Vors. Spallek wird im nächsten Integrationsbericht auch der Bereich Sport berücksichtigt, wobei Herr Tischel einwirft, dass das auf Verwaltungsebene bereits sehr gut funktioniert.

Auf Nachfrage von Stv. Bohrer berichtet Herr Tischel, dass zukünftige Berichte schneller, aber nicht viel früher erstellt werden können. Grundlage ist ein Monitoring, wobei die Zahlen durch das Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik nicht wesentlich schneller geliefert werden können. Der nächste Integrationsbericht wird nicht vor der Sommerpause vorliegen.

Einstimmig

**0014            Bericht der Dezernentin**

Herr Tischel berichtet, dass man an dem Thema „Imame“ schon länger gearbeitet habe, aber die Sache habe eine solche Dynamik angenommen, die vorher nicht absehbar war.

**Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Schickel hält Konvertiten für die schlimmste Gruppe. Er fragt die Verwaltung, ob sie die politische Unterstützung brauche, was Herr Tischel als immer hilfreich ansieht.

Stv. Dr. Brenneis fragt nach einem Antrag, der zum islamischen Religionsunterricht in der Stadtverordnetenversammlung gestellt wurde.

Die Beantwortung dazu steht noch aus, wird aber vorbereitet.

Stv. Dumont du Voitel ist von der Integrationsvereinbarung begeistert. Damit könne man richtig gut arbeiten.

Herr Tischel bestätigt, dass es keine Schönwetter-Vereinbarung ist. Für die Werte, die dort festgeschrieben sind, würde man einstehen.

Zu der Frage von Stv. Dr. Brenneis teilt er mit, dass der Schul- und somit auch der Religionsunterricht unter die Kultushoheit falle. In der Integrationsvereinbarung ist aber festgelegt, dass auch die LHW den islamischen Religionsunterricht nach ihren Möglichkeiten fördert. Der stellv. Leiter des Staatl. Schulamtes geht davon aus, dass der islamische Religionsunterricht kommen müsse.

Stv. Manjura fragt nach, ob bekannt sei, dass die Prediger Leistungen kostenfrei zur Verfügung stellen.

Nach Mitteilung von Herrn Tischel kann man im Internet Einiges kostenlos herunterladen, in den Gemeinden ist es für ihn nicht klar, ob Kosten erhoben werden. Er geht davon aus, dass man das Geschäft stört und damit nicht gut ankommt.

Einstimmig

**0015      Verschiedenes**

Vors. Spallek teilt mit, dass am 25.02.2010 das Gespräch zum Ludwig-Beck-Preis stattfindet und in die Märzsitzung des Ausschusses Herr Roßmeißl (Nueva Nicaragua) eingeladen wird.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden,                      .02.2010

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

**Weitere Schriftführerin**

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 02. Februar 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Spallek

Karipidou

Koba